

Der Umweltverträglichkeits-Kandidatencheck zur Wahl des Landtages Baden-Württemberg am 26. März 2006.

Angeschrieben wurden alle Landtagskandidaten der Parteien CDU, SPD, FDP und Grüne der Wahlkreise 5 (Böblingen), 6 (Leonberg), 42 (Pforzheim), 43 (Calw), 44 (Enz) und 45 (Freudenstadt).

Von den insgesamt 23 beteiligten Kandidaten haben 8 nicht geantwortet. Wir erreichten eine Beteiligung von rund 65 %!

Nicht beteiligt haben sich: Stephan Braun, SPD Böblingen, Birgit Kipfer, SPD Leonberg, Oliver Sigrist, SPD Pforzheim, Stefanie Bermanseder, FDP Böblingen, Heiderose Berroth, FDP Leonberg, Hagen-Michael Hennig, FDP Pforzheim, Michael Theurer, FDP Freudenstadt.

Unsere FRAGEN zu....

Energie und Klima

Der Klimawandel macht auch vor den Toren Baden-Württembergs nicht halt und ist eine der größten umweltpolitischen Herausforderung unserer Zeit. Die anstehenden Maßnahmen zur Umsetzung des sofortigen Ausstiegs aus der Atomenergie werden in der aktuellen politischen Debatte der Landesregierung erneut in Frage gestellt.

1. Wollen und werden Sie sich für einen sofortigen Ausstieg aus der Risikotechnologie Atomenergie einsetzen?

Antworten:

Paul Nemeth, Böblingen; Sabine Kurtz, Leonberg; Stefan Mappus, Pforzheim; Thomas Blenke, Calw; Winfried Scheuermann, Enz und Dr. Carmina Brenner, Freudenstadt, CDU (gekürzt!):

Bei einem Verzicht auf die Kernkraft müssten neue Kraftwerke für fossile Brennstoffe gebaut werden, deren Emissionen den Treibhauseffekt massiv verstärken würden. Das lehnen wir ab, weil wir es im Hinblick auf den Klimaschutz – eine der größten umweltpolitischen Herausforderungen der Zukunft – für unverantwortlich halten. Ebenfalls keine Lösung kann es sein, die auf hohem Sicherheitsniveau befindlichen Kernkraftwerke im Land abzuschalten und dafür den Strom aus Kernkraftwerken in benachbarten Ländern zu beziehen.

Die derzeit absehbaren Restlaufzeiten für die bestehenden Kernkraftwerke in Baden-Württemberg sind also mit den Zielen einer sicheren, eigenständigen, wirtschaftlichen und klimaverträglichen Energieversorgung des Landes nicht in Einklang zu bringen. Die CDU-Landtagsfraktion setzt sich deshalb unter Gewährleistung des größtmöglichen Sicherheitsniveaus für eine Verlängerung der Laufzeiten ein.

Dr. Rainer Prewo, SPD Calw:

Ich unterstütze den beschlossenen Atomausstieg und lehne Veränderungen und Aufweichungen ab.

Thomas Knapp, SPD Enz (gekürzt!):

Atomausstieg ist unumgänglich. Atomenergie hat keine Zukunft. Auch viele andere Länder wie z.B. Österreich, Belgien und Schweden haben den Ausstieg bereits beschlossen. Selbst das Atomland Großbritannien baut keine neuen Kernkraftwerke mehr, sondern setzt auf erneuerbare Energien. Der Betrieb der Kraftwerke ist riskant, die Entsorgungsfrage nicht gelöst. Auch die Uranvorräte sind endlich und reichen nur noch wenige Jahrzehnte.

Martin Zerrinius, SPD Freudenstadt:

Atomenergie ist meines Erachtens die gefährlichste aller Energiearten. Aus diesem Grund ist sie ein Auslaufmodell, aus dem so schnell wie möglich ausgestiegen werden muss. Am Atomkonsens halte ich deshalb fest. Schon vor dem Hintergrund möglicher Anschlagsszenarien müssen AKWs baldmöglichst abgeschaltet werden.

Beate Fauser, FDP Calw:

Den Ausstieg aus dem Atomausstieg wird es nicht geben. Die Frage ist vielmehr, wie dieser am sinnvollsten zu gestalten ist. Immerhin kommen noch ca. 55 % der Energie in Baden-Württemberg aus Kernkraftwerken. Bei der Beibehaltung des derzeit geltenden ehrgeizigen Ausstiegszeitplans könnte die wegfallende Kernkraft in Baden-Württemberg unmöglich durch regenerative Energien ersetzt werden. Wir halten es für klimapolitisch und wirtschaftlich nicht vertretbar, erst wieder verstärkt bei Gas und Kohle einzusteigen, um dann wieder auf erneuerbare Energien umzusteigen.

Eine nachhaltige Energiepolitik muss drei Ziele verfolgen: Umweltverträglichkeit, Wirtschaftlichkeit und Versorgungssicherheit. Ein übereilter Atomausstieg würde das Klima belasten, da er nur durch den Zubau von Kohle- und Gaskraftwerken auszugleichen wäre. Vorübergehend wären wir von Stromimporten aus dem Ausland abhängig, womöglich aus unsicheren Kernkraftwerken in Osteuropa. Die Wertschöpfung ginge in Baden-Württemberg verloren und die Energiepreise stiegen weiter. Wir sind der Meinung, mit einer moderaten Verlangsamung des Ausstiegsprozesses könnten diese negativen Folgen verhindert werden. Auch für den Ausbau regenerativer Energien wäre ein verlangsamer Ausstiegsprozess ein enormer Vorteil. Ich bin nicht Experte genug, Ihnen einen exakten Termin zu nennen, wann das letzte Kernkraftwerk sinnvoller Weise vom Netz gehen sollte. Jedenfalls halte ich es für falsch, irgendwelche politisch gegriffenen Zahlen zu nennen, entscheidend ist für mich die Frage der Sicherheit und Wirtschaftlichkeit des Betriebs.

Dr. Hans-Ulrich Rülke, FDP Enz:

Nein. So lange unser Energiebedarf nicht anderweitig gedeckt werden kann werde ich mich nicht für einen sofortigen Ausstieg einsetzen.

Herbert Rödling, Grüne Böblingen:

Nicht nur wegen des unverantwortlichen Risikos müssen wir aus der Atomenergienutzung aussteigen, sondern auch wegen der Endlichkeit der Uranvorkommen und der Gefahr der Weiterverbreitung der Atombombentechnik über die friedliche Nutzung. Würde konsequent eine alternative Energieversorgung forciert, so wäre der Atomstromanteil bis zum Jahr 2020 durch erneuerbare Energien und mehr Energieeffizienz ersetzbar. Es ist noch nicht zu spät. Deshalb muss der Atomausstiegskompromiss bestehen bleiben: damit ist der Rahmen klar definiert für alle Versorger und Firmen.

Dr. Bernd Murschel, Grüne Leonberg:

Ja!

Frank-Ulrich Seemann, Grüne Pforzheim und Enz:

Ja, unbedingt!

Dr. Charlotte Michel-Biegel, Grüne Freudenstadt:

Ich werde alles daran setzen, dass gerade in Baden-Württemberg aufgrund seiner besonderen Abhängigkeit vom Atomstrom der Ausstieg schnell und klimafreundlich gelingt. Mit dem Atomenergieausstiegsgesetz wurde von Rot-Grün die schrittweise Beendigung dieser Risikotechnologie festgeschrieben. Das Atomkraftwerk Obrigheim wurde im Mai 2005 stillgelegt. Im Jahr 2008 wird das AKW Neckarwestheim 1 folgen, im Jahr 2012 der Reaktor Philippsburg 1.

Jürgen Schruppf, Grüne Calw:

Ja, wie Sie sicherlich wissen ist das Atomausstiegsgesetz maßgeblich durch uns Grüne entstanden. Erste Atomkraftwerke gingen bereits vom Netz.

2. „Energiesparen, Energie effizient nutzen, erneuerbare Energien ausbauen“ – Sehen Sie in diesem Weg die einzige Alternative für die Realisierung eines wirkungsvollen Klimaschutzes und welche konkreten Maßnahmen sind in Ihrem politischen Programm dazu vorgesehen?

Antworten:

Paul Nemeth, Böblingen; Sabine Kurtz, Leonberg; Stefan Mappus, Pforzheim; Thomas Blenke, Calw; Winfried Scheuermann, Enz und Dr. Carmina Brenner, Freudenstadt, CDU (gekürzt!):

Die Fraktion misst den erneuerbaren Energien insbesondere in der mittel- und langfristigen Perspektive eine wesentliche Bedeutung im Rahmen ihrer Klimaschutzpolitik bei. Ihr Ausbau soll daher – in Übereinstimmung mit den Zielen des Bundes und der EU – weiter vorangetrieben werden. Das Land strebt an, bis zum Jahr 2010 den Anteil erneuerbarer Energien sowohl am Primärenergieverbrauch als auch an der Stromerzeugung gegenüber dem Jahr 1997 zu verdoppeln. Konkrete Maßnahmen sind im Klimaschutzkonzept des Landes aufgeführt.

Dr. Rainer Prewo, SPD Calw:
Ja, natürlich.

Thomas Knapp, SPD Enz (gekürzt!):

Atomstrom kann klimafreundlich ersetzt werden. Bis 2020 kann mit den derzeitigen Förderinstrumenten Strom aus erneuerbaren Energien in einer Größenordnung von 100 TWh jährlich bereitgestellt werden. Mit zusätzlichen Leistungen aus dem Ausbau der Kraft-Wärme-Kopplung und durch Stromeinsparung kann der Atomstrom mit insgesamt 160 TWh jährlich komplett klimafreundlich ersetzt werden.

Martin Zerrinius, SPD Freudenstadt:

Erneuerbare Energien müssen massiv ausgebaut werden, hierzu gehören Ausbau der Geothermie und Wasserkraft sowie der Windkraft. Wir wollen den Energieträger Holz stärker nutzen, die Vermarktung des Rohstoffes Holz verbessern. Landeseigene Gebäude sollen mit Holzhackschnitzel-Anlagen ausgerüstet werden. Den Ausbau von dezentraler Kraft-Wärme-Kopplung und den Einsatz der Brennstoffzellen-Technologie werden wir fördern. Die dezentrale Energiegewinnung aus Biomasse und die Erzeugung von biogenen Kraftstoffen bilden einen weiteren Schwerpunkt unserer Energiepolitik, sie kommt auch der heimischen Landwirtschaft zu gute.

Beate Fauser, FDP Calw:

Über das EEG zahlen wir heute bereits alle an der technischen Weiterentwicklung und der Nutzung neuer Energien mit. Zahlreiche Förderprogramme des Landes z.B. für flache und tiefe Geothermie oder Altbausanierung unterstützen die Entwicklung. Zudem fördert das Land zahlreiche Forschungseinrichtungen, die auf dem Gebiet der erneuerbaren Energien forschen.

Dr. Hans-Ulrich Rülke, FDP Enz:

Das ist ein sinnvoller Weg. Wir unterstützen die Forschung in diese Richtung.

Herbert Rödling, Grüne Böblingen:

Ja, das sehe ich so. Die Fotovoltaik läuft gut und bringt viel. Sehr große Potenziale sehe ich bei nachwachsenden Rohstoffen (Biomasse) und in der Geothermie.

Dr. Bernd Murschel, Grüne Leonberg:

Ja! Ausbau von Biomasse, Fördern der Erzeugung von erneuerbarer Energie.

Frank-Ulrich Seemann, Grüne Pforzheim und Enz:

Ja, Förderung von Altbausanierungen, weitere Standorte für Windkraftanlagen ...

Dr. Charlotte Michel-Biegel, Grüne Freudenstadt (gekürzt!):

Ja, Energiesparen, Energieeffizienzsteigerung und Förderung erneuerbarer Energien sind die einzige Alternative. Eine andere gibt es für mich nicht. Allein eine solche Energiepolitik ist der Schlüssel zur Bewältigung der drohenden Klimakatastrophe. Sie ist aber auch Bestandteil der wirtschaftlichen Wettbewerbsfähigkeit unseres Landes. Die Grünen haben auf Bundesebene für eine Vorreiterrolle Deutschlands im Klimaschutz gesorgt.

Jürgen Schrumpf, Grüne Calw:

Ja, in den drei E's sehen wir energietechnisch den einzigen Weg. Nach weg vom Atom, sind wir Grünen aber auch die Einzigen, die jetzt schon ein Konzept vorliegen haben, um weg vom Öl zukommen. Es handelt sich nicht nur um den Slogan: Weg vom Öl! Die Abhängigkeit im Energiebereich muss reduziert werden. Das EEG ist jetzt schon ein Exportschlager und zeigt somit, dass man andere Länder zur Nachahmung bewegen kann. Ein wirkungsvoller Klimaschutz kann nie ein Land alleine betreiben.

Verkehr

Der Verkehr ist einer der wichtigsten Verursacher von Umwelt- und Klimaschäden: die Klimagase durch Kraftfahrzeuge steigen weiter an, die gesetzlichen Grenzwerte für Feinstaub werden vielerorts überschritten und die Anzahl der Bürger, die sich durch Verkehrslärm beeinträchtigt fühlen, nimmt stetig zu. Unsere Landschaft wird durch immer neue Straßen weiter zerschnitten und wertvolle Lebensräume zerstückelt und voneinander getrennt.

3. Welche konkreten Maßnahmen werden von Ihrer Seite aus ergriffen, um den motorisierten Straßenverkehr zu verringern und die diversen Belastungen für Mensch und Umwelt zu minimieren?

Antworten:

Paul Nemeth, Böblingen; Sabine Kurtz, Leonberg; Stefan Mappus, Pforzheim; Thomas Blenke, Calw; Winfried Scheuermann, Enz und Dr. Carmina Brenner, Freudenstadt, CDU (gekürzt!):

Es wird auch weiterhin ein großer Anteil des Verkehrsaufkommens auf der Straße abgewickelt werden müssen. Die CDU-Landtagsfraktion unterstützt Maßnahmen, die die hierdurch entstehenden Belastungen so gering wie möglich halten.

Um insbesondere die Lärmbelastungen zu verringern, betreibt das Land einen hohen Aufwand für den Lärmschutz an Straßen. Dabei wird zwischen Lärmvorsorge und Lärmsanierung unterschieden, wobei die Lärmvorsorge für den Lärmschutz beim Neu- und Ausbau von Straßen und die Lärmsanierung für bestehende Straßen zur Anwendung kommt.

Dr. Rainer Prewo, SPD Calw:

An erster Stelle muss der Ausbau des ÖPNV, besonders des Schienenverkehrs stehen. Die Mobilität als solche darf (und kann auch) nicht beschränkt werden. Auch der Straßenbau darf nicht verteuert werden. Zum Individualverkehr sollen Druck und Anreize für alternative Antriebe gesetzt werden.

Thomas Knapp, SPD Enz (gekürzt!):

Den ÖPNV-Nutzern müssen überall gültige Nahverkehrstarife angeboten werden. Die SPD will eine viel entschlosseneren Gangart zugunsten des SPNV einschlagen.

Martin Zerrinius, SPD Freudenstadt:

Die SPD will die Landesmittel für den öffentlichen Personennahverkehr verstetigen, die Bildung größerer regionaler Verkehrsverbünde belohnen und den Übergang zwischen den Verkehrsverbünden erleichtern. Durch mehr Wettbewerb mittels der Ausschreibung von Regionalverkehren wollen wir eine bessere Schienenanbindung im ganzen Land erreichen. Dabei werden wir auf die Einhaltung von Tarifverträgen pochen und Qualitätsstandards für die Leistungserbringung festlegen.

Beate Fauser, FDP Calw:

Keine Antwort zu dieser Frage in ihrem Schreiben enthalten!

Dr. Hans-Ulrich Rülke, FDP Enz:

In meinem Verantwortungsbereich habe ich mich für eine Stadtbahnbindung der Pforzheimer Innenstadt eingesetzt. Leider hat eine knappe Mehrheit (einschließlich der Grünen) dieses Projekt im Gemeinderat abgelehnt.

Herbert Rödling, Grüne Böblingen:

Ich habe die Planungen zu S60 Renningen – Böblingen politisch mit angeschoben.

Die Regionalisierungsmittel des Bundes dürfen nicht angetastet werden und müssen weiterhin in den ÖPNV fließen.

Dr. Bernd Murschel, Grüne Leonberg:

Ausbau des ÖPNV, des Fuß- und Radwegenetzes.

Frank-Ulrich Seemann, Grüne Pforzheim und Enz:
Intelligente Förderung des ÖPNV in der Stadt und auf dem Land.

Dr. Charlotte Michel-Biegel, Grüne Freudenstadt:

Es dürfen nur noch in gründlich zu prüfenden Ausnahmefällen neue Straßen gebaut werden. In meinem Wahlkreis setze ich mich ein für die Brücke bei Horb anstelle der B28-Gäutrassse.

Wir Grüne wollen den Kommunen durch ein Landesgesetz die Möglichkeit geben, eine City-Maut zu erheben. Mit den Einnahmen soll der ÖPNV verbessert werden. Nur so kann die Überschreitung der europäischen Luftreinhalterichtlinien vielerorts in Baden-Württemberg gedrosselt werden. Überfällig ist auch das Vorschreiben von Russfiltern, Geschwindigkeitsbegrenzungen und die Förderung der alternativen Verkehrsmittel wie Rad, Bus und Bahn.

Jürgen Schrumpf, Grüne Calw:

Lange hat man das Bedürfnis nach Mobilität unterschätzt. Man kann eine Verkehrspolitik nicht ohne die Nutzer machen. Durch den Ausbau des ÖPNV und das Umdenken der „Nutzer“ ist viel zu erreichen. Fehler, wie die verspätete Einführung des Dieselmotors, dürfen nicht mehr unterlaufen.

4. Welchen Stellenwert besitzt in Ihrem Wahlbezirk die Bahn bzw. der öffentliche Nahverkehr? Wie sollen diese in Zukunft stärker gefördert werden und wie?

Antworten:

Paul Nemeth, Böblingen; Sabine Kurtz, Leonberg; Stefan Mappus, Pforzheim; Thomas Blenke, Calw; Winfried Scheuermann, Enz und Dr. Carmina Brenner, Freudenstadt, CDU:

Seit Übernahme der Aufgabenträgerschaft für den Schienenpersonennahverkehr durch das Land im Jahr 1996 ist der öffentliche Personennahverkehr zu einer Erfolgsgeschichte geworden. Im Zeitraum von 1994 bis heute haben die Verkehrsleistungen um 50 % zugenommen. Moderne Fahrzeuge und moderne Infrastruktureinrichtungen wurden beschafft, Strecken wieder eröffnet oder in Stadtbahnssysteme einbezogen. Die erfolgreiche Verkehrspolitik der Landesregierung wird von der CDU-Landtagsfraktion unterstützt.

Für die Zukunft wird es darauf ankommen, angesichts knapper werdender Mittel in den öffentlichen Haushalten den gleichen hohen Standard zu sichern und weiter zu entwickeln.

In der gesamten Region Nordschwarzwald wurde das SPNV-Angebot in den letzten Jahren erheblich verbessert, weitere Maßnahmen sind in Planung.

a) Enztalbahnhof Pforzheim – Bad Wildbad Kurpark

Seit Herbst 2003 ist die Strecke durchgängig bis in die Innenstadt von Wildbad elektrifiziert. Das Angebot wurde mit zusätzlichen Haltepunkten und einem stark ausgeweiteten Fahrplan erheblich verbessert. Der Ausbau wird vom Land mit rund 30 Mio. € gefördert. Das Land zahlt außerdem jährlich über 2 Mio. € Betriebskostenzuschuss an das Verkehrsunternehmen AVG. An Werktagen gibt es einen Stundentakt mit Verdichtern im Schüler- und Berufsverkehr zum Halbstundentakt, Samstag und Sonntag einen Stundentakt. Mehrmals täglich gibt es Durchbindungen von und nach Karlsruhe Marktplatz. Zusätzliche Direktzüge "Enztalexpress" von und nach Karlsruhe HBF und Vaihingen/Enz verkehren insbesondere an Samstagen zur bequemen An- und Abreise mit nur einmaligem Umsteigen aus dem Fernverkehr. Das Verkehrsangebot wurde damit gegenüber dem alten Fahrplan um 51% ausgeweitet. Die Zahl der Fahrgäste hat sich seit Einführung des neuen Angebots von täglich 1200 auf 2500 mehr als verdoppelt.

b) Murgtalbahnhof Rastatt – Freudenstadt

Die Strecke wurde von 2000 – 2003 abschnittsweise elektrifiziert. Die Streckenkapazität wurde durch den Bau zusätzlicher Kreuzungsbahnhöfe und abschnittweisen zweigleisigen Ausbau erhöht. Zahlreiche neue Haltepunkte wurden errichtet. Die zuwendungsfähigen Gesamtkosten des Infrastrukturprojekts betragen mittlerweile etwa 150 Mio. €. Die Beschaffung neuer Elektrotriebwagen wurde durch das Land ebenso bezuschusst wie die nicht durch Einnahmen gedeckten Betriebs- und Infrastrukturbenutzungskosten.

c) Freudenstadt – Eutingen

Ein Ergänzungsprojekt zum Ausbau der Murgtalbahn ist die Elektrifizierung der Strecke Freudenstadt – Eutingen. Mit der Elektrifizierung soll noch in diesem Jahr begonnen werden. Die Strecke soll nach Fertigstellung Ende 2006 stündlich bedient werden.

d) Nagoldtalbahn Pforzheim – Horb

Nach europaweiter Ausschreibung der Strecken Pforzheim – Horb und Horb – Tübingen erhielt hier 2003 die DB Zugbus Regionalverkehr Alb Bodensee (RAB) den Zuschlag. Die erste Stufe des neuen Fahrplankonzepts ging im Dezember 2004 in Betrieb. Gegenüber dem alten Zustand gibt es deutliche Angebotsausweitungen (durchgängiger Stundentakt, zwischen Pforzheim und Nagold bzw. Tübingen und Rottenburg Halbstundentakt) und den Einsatz fabrikneuer Dieseltriebwagen. Die zweite Ausbaustufe sieht die Errichtung mehrerer neuer Haltepunkte in Pforzheim und Nagold vor. Zusätzlich soll an vorhandenen Stationen die Bahnsteighöhe an die Fahrzeuge angepasst werden, um barrierefreie Zugänge zu schaffen.

e) Kinzigtalbahn Hausach – Freudenstadt

Seit Dezember 2004 wird hier ein erweitertes Fahrplanangebot (Stundentakt) mit modernen Dieseltriebwagen erbracht.

f) Weitere Verbesserungen im Bereich Pforzheim/Enzkreis

Mit dem Einsatz neuer Elektrotriebwagen der Baureihe 425 auf den beiden Regionalexpresslinien Stuttgart – Karlsruhe und Stuttgart – Heidelberg konnte das Nahverkehrskonzept zwischen Bietigheim-Bissingen und Pforzheim im Jahr 2002 komplett umgesetzt werden, nachdem die Stadtbahnfahrzeuge der AVG bereits seit 1999 in dieser Relation eingesetzt werden. Dank verbesserter Einstiegsverhältnisse, kürzerer Haltestellenaufenthalte und einem größeren Beschleunigungsvermögen ermöglichen die neuen Triebzüge nicht nur einen pünktlicheren Betrieb, sondern auch die Bedienung zusätzlicher Haltepunkte in Bietigheim-Bissingen und in Mühlacker.

g) Achse Stuttgart - Karlsruhe

Dem veränderten Angebot im Fernverkehr der DB AG (Wegfall Interregio) und den zunehmenden Pendlerverkehren wird seit Dezember 2002 durch zusätzliche IRE-Züge Rechnung getragen, welche die Zentren Pforzheim, Mühlacker und Vaihingen/Enz über die Neubaustrecke an Stuttgart und an Karlsruhe anbinden. Pforzheim erhält dadurch im Wechsel von IRE- und IC-Zügen eine schnelle stündliche Verbindung mit Karlsruhe und Stuttgart. Ferner erhalten die zweistündlich verkehrenden Regionalexpresszüge mit den Triebzügen der Baureihe 425 an Werktagen in Vaihingen/Enz einen neuen IRE-Zubringer, der über die Neubaustrecke nach Stuttgart verkehrt. Zusätzliche schnelle Verbindungen im Berufsverkehr runden das Bild ab.

Verkehrsverbund Pforzheim/Enzkreis

Abschließend sei noch der Verkehrsverbund Pforzheim/Enzkreis VPE erwähnt, an dem 15 Verkehrsunternehmen beteiligt sind, die im Jahr 2005 mehr als 40 Mio. Fahrgäste befördert haben. Vor allem zum benachbarten Karlsruher Verkehrsverbund gibt es eine Reihe von gemeinsamen Tarifangeboten, die eine verbundgrenzüberschreitende Fahrt erleichtern. Das Land fördert den Verbund bis zu einer Höhe von max. jährlich 1,1 Mio. €. Am weiteren Ausbau des Verkehrs über die Verbundgrenzen hinweg wird sich das Land ebenfalls beteiligen.

Dr. Rainer Prewo, SPD Calw:

Als Forderung: Den höchsten Stellenwert; reale Situationen: Sehr gering. Wie fördern? Die staatliche Förderung von Schienenwegen ist nach wie vor viel zu restriktiv.

Thomas Knapp, SPD Enz (gekürzt!):

Nach kontinuierlichen Kürzungen im Landeshaushalt hat es die CDU/FDP-Koalition 2005 geschafft, die originären Landesmittel bei der ÖPNV-Förderung auf Null zu fahren. Sie beschränkt sich ausschließlich darauf, nur noch bereitgestellte Bundesmittel weiterzuleiten. Die SPD setzt sich für die Wiederverwendung auch originärer Landesmittel für den ÖPNV ein und will die Rücknahmen der Investitionskürzungen beim ÖPNV und der Verbundförderung wieder rückgängig machen. Die Kleinstaaterei der vielen Verkehrsverbünde muss endlich zugunsten großflächiger und kundenfreundlicher Gebilde überwunden werden und den Nutzern müssen überall gültige Nahverkehrstarife angeboten werden.

Martin Zerrinius, SPD Freudenstadt:

Der Bahnverkehr im Landkreis Freudenstadt befindet sich derzeit im Aufbruch. Dank der Elektrifizierung und dem Bau weiterer Haltepunkte auf der Murgtalstrecke hat sich hier ein deutliches Plus beim ÖPNV eingestellt. Die gleiche Wirkung erhoffe ich mir von der Strecke Freudenstadt – Eutingen im Gäu, die derzeit ebenfalls elektrifiziert wird. Dadurch wird ab Dezember ein Stunden-Takt-Verkehr ermöglicht, zweistündige durchfahrende Züge von Stuttgart Hbf und Freudenstadt Hbf sind dann ebenfalls möglich. Durch diese Elektrifizierungen werden sowohl die Landeshauptstadt Stuttgart als auch die Baden-Metropole Karlsruhe schneller und bequemer erreichbar. Außerdem wünsche ich mir den Bau des zweiten Gleises zwischen Horb und Tuttlingen zur Entlastung der jetzigen Strecke und der damit verbunden Möglichkeiten der Erhöhung des Schienenverkehrs, insbesondere für den Güterverkehr.

Beate Fauser, FDP Calw:

Keine Antwort zu dieser Frage in ihrem Schreiben enthalten!

Dr. Hans-Ulrich Rülke, FDP Enz:

In meinem Verantwortungsbereich habe ich mich für eine Stadtbahnanbindung der Pforzheimer Innenstadt eingesetzt. Leider hat eine knappe Mehrheit (einschließlich der Grünen) dieses Projekt im Gemeinderat abgelehnt.

Herbert Rödling, Grüne Böblingen:

Die Bahn hat bei mir – als Sohn eines Eisenbahners – einen ausgesprochen hohen Stellenwert. Die S60 wird von mir nachdrücklich über den Gemeinderat Sindelfingen gefordert und unterstützt. Die Erfolgsgeschichte der Schönbuchbahn spricht ebenfalls für sich. Die Schwarzwaldbahn hätte ich eher nach Böblingen-Sindelfingen als nach Weil der Stadt eingeschleift – aber immerhin: die Trasse ist planungsrechtlich frei gehalten.

Dr. Bernd Murschel, Grüne Leonberg:

Der Stellenwert muss höher werden, ich werde den Bau der S 60 unterstützen sowie das Projekt Schwarzwaldbahn. Grundsätzlich gilt: Schiene vor Straße fördern.

Frank-Ulrich Seemann, Grüne Pforzheim und Enz:

Sehr hohen Stellenwert. Gegebenenfalls durch Zuschüsse auf noch schwach frequentierten Strecken fördern.

Dr. Charlotte Michel-Biegel, Grüne Freudenstadt:

Die Bahn ist ein Herzstück des öffentlichen Verkehrs. Wir Grüne kämpfen gegen die Privatisierung des Schienennetzes um die Nebenstrecken in der Region nicht zu gefährden. In meinem Wahlkreis wäre das die Strecke Horb-Rottenburg und die Strecke Freudenstadt-Eutingen. Wir wollen nach Schweizer Vorbild gerade auch in ländlichen Gebieten ein attraktives Bahnangebot der kurzen Wege mit vertakteten Verbindungen auch zum Busverkehr.

Jürgen Schrumpf, Grüne Calw:

Neben den bestehenden Bahnstrecken muss die Strecke Calw – Weil der Stadt (Böblingen) reaktiviert und die Strecke Nagold – Herrenberg neu gebaut werden. Beide Schienenverbindungen haben bei der Rentabilitätsprüfung die Förderfähigkeit erreicht. Das Vergraben eines Bahnhofs (Stuttgart 21) würde aber solche regionalen Projekte im ganzen Land bis auf Jahrzehnte verschieben oder sogar unmöglich machen. Des Weiteren müssen die Verkehrsverbände weiter verwoben (Beispiel KVV) sowie die „privaten“ Omnibusmonopole im Kreis aufgeweicht werden. Kürzungen der Bahn im ländlichen Raum sind kontraproduktiv.

Flächenverbrauch

Neubauf Flächen für Wohnhäuser und Gewerbegebiete sowie die damit verbundenen Infrastrukturen fressen sich täglich immer weiter in unseren Landschaftsraum hinein. Landesweit summiert sich dieser Flächenhunger auf rund 13 Fußballfelder (= 8,8 ha) täglich. Naherholungsflächen gehen verloren, Tiere und Pflanzen finden immer weniger Raum zum Leben.

5. Wie beurteilen Sie diese Entwicklung und wie stehen Sie zur Einführung planungsrechtlich verbindlicher Bedarfsnachweise für die Kommunen als Steuerungsinstrument zur Förderung der Innenentwicklung?

Antworten:

Paul Nemeth, Böblingen; Sabine Kurtz, Leonberg; Stefan Mappus, Pforzheim; Thomas Blenke, Calw; Winfried Scheuermann, Enz und Dr. Carmina Brenner, Freudenstadt, CDU (gekürzt!):

Seit dem Jahr 2000 ist die Rate der Flächenneuinanspruchnahme Jahr für Jahr gesunken, von 12 auf 8,8 Hektar pro Tag. Die CDU-Landtagsfraktion unterstützt das Ziel, diesen Trend auch bei der angestrebten wirtschaftlichen Belegung fortzusetzen. Mit knappen Flächen und Böden muss daher noch besser gewirtschaftet werden. Im Rahmen des Aktionsbündnisses „Flächen gewinnen in Baden-Württemberg“ soll dieses Ziel gemeinsam mit den Kommunen, nicht gegen sie, erreicht werden.

Das Baugesetzbuch und das Landesbodenschutz- und Altlastengesetz fordern, dass die Gemeinden vor der Inanspruchnahme von Flächen „auf der grünen Wiese“ prüfen, ob der Bauflächenbedarf nicht vorrangig durch

Entwicklung von „inneren Reserven“ gedeckt werden kann. Der Vorrang der Innen- vor der Außenentwicklung ist damit gesetzlich verankert. Dazu brauchen die Gemeinden einen Überblick über Brachflächen und Baulücken. Bisher haben noch zu wenige Gemeinden die Möglichkeit des Baulandkatasters nach § 200 Baugesetzbuch genutzt. Entsprechend der Strategie des Landes – aufklären, überzeugen, fördern, gute Beispiele öffentlich machen – wird weiter für die Erstellung von Baulandkatastern geworben.

Die Erfahrungen aus dem "Modellprojekt zur Eindämmung des Landschaftsverbrauchs durch Aktivierung innerörtlicher Potenziale" (MELAP) des MLR zeigen, dass ein erhebliches innerörtliches Potenzial an Baulücken, Brachflächen und Gebäudeleerständen besteht. Die CDU-Landtagsfraktion sieht in der Ausschöpfung dieses Potenzials einen wichtigen Beitrag zur Reduzierung der Flächeninanspruchnahme von Freiflächen im Außenbereich. Wir haben deshalb im Rahmen der Novellierung des Landesnaturschutzgesetzes 2005 den Vorrang der Innenentwicklung als Grundsatz im Gesetz fixiert.

Die CDU-Landtagsfraktion ist der Auffassung, dass bei den Kommunen durch Freiwilligkeit und Einsicht bei der künftigen baulichen Entwicklung mehr erreicht werden kann als durch Zwang oder verbindliche Vorgaben.

Dr. Rainer Prewo, SPD Calw:

Bedarfsnachweise sind schon heute Genehmigungsvoraussetzungen für Flächennutzungspläne. Siedlungsausbreitung in die Natur muss gebremst werden. Sie schadet im Übrigen auch den dörflichen Strukturen – und dem Zusammenhalt, entwertet die gewachsenen Dorfkern.

Thomas Knapp, SPD Enz (gekürzt!):

In allen Analysen der Landesregierung wie auch im Umweltplan ist die Situation richtig erkannt und analysiert. Das Land ist bislang bei der Analyse stehen geblieben, hat aber noch kaum was zur Eindämmung des Flächenverbrauchs unternommen. ...Bei allen Maßnahmen zur Eindämmung des Flächenverbrauchs ist zu beachten, dass die kommunale Planungshoheit im Grundsatz nicht beschnitten wird.

Auch im Landesplanungsgesetz und im Landesbaugesetz muss der Vorrang der Innenentwicklung und Wiedernutzbarmachung von Innenbrachen vor der Überplanung und Bebauung der „Grünen Wiese“ im Rand- und Außenbereich fixiert werden.

Martin Zerrinius, SPD Freudenstadt:

Über die Regionalplanung und vor allem durch die Ausweisung von Landschaftsschutzgebieten will die SPD dem Flächenverbrauch Einhalt gebieten. Wir setzen zudem auf das Zusammenwirken der Kommunen und die Ausweisung von gemeinsamen Gewerbegebieten.

Beate Fauser, FDP Calw:

Mit Projekten, wie dem Aktionsbündnis „Flächen gewinnen in Baden-Württemberg“, einer gemeinsamen Aktion von Wirtschaftsministerium, Umweltministerium, Kommunen, Landes- und Regionalplanung, Umwelt- und Naturschutz und der Wirtschaft soll unterstrichen werden, dass die Nutzung der Flächen und Böden nicht allein staatlich geregelt werden kann. Auch hier ist ein breiter gesellschaftlicher Konsens nötig, um den notwendigen Bewusstseinswandel zu erreichen und Akzeptanz für konkrete Maßnahmen zu einer nachhaltigen Siedlungsentwicklung zu fördern.

Dr. Hans-Ulrich Rülke, FDP Enz:

Flächenverbrauch nur wenn unbedingt notwendig. Ein solches bürokratisches Instrumentarium halte ich aber für undurchführbar.

Herbert Rödling, Grüne Böblingen:

Der immense Flächenverbrauch ist entschieden zu hoch und Ausfluss einer fantasie- und verantwortungslosen Entwicklungspolitik vor allem der Kommunen. Hier hat eine auf Innenentwicklung abzielende Regionalplanung Platz zu greifen.

Dr. Bernd Murschel, Grüne Leonberg:

Der Flächenverbrauch ist in unserer Region nach wie vor alarmierend hoch. Ein verbindlicher und nachvollziehbarer Bedarfsnachweis ist dringend geboten.

Frank-Ulrich Seemann, Grüne Pforzheim und Enz:

Die Entwicklung ist verhängnisvoll, einen Bedarfsnachweis befürworte ich.

Dr. Charlotte Michel-Biegel, Grüne Freudenstadt:

Nach meiner Information wird in Baden-Württemberg pro Tag Fläche in der Größe von 25 Fußballfeldern zugebaut. Das ist in meinen Augen eine Katastrophe. Die verkehrslärmarmen und bebauungsfreien Räume nehmen drastisch ab. Die Grünen wollen den Flächenverbrauch bis zum Jahr 2012 halbieren. Deshalb müssen im

planungsrechtlichen Bereich die Nutzung von innerörtlichen Brachflächen sowie Konversionsflächen oberste Priorität bekommen. Wir fordern und fördern auch marktwirtschaftliche Instrumente wie z.B. Flächenzertifikate.

Jürgen Schrumpf, Grüne Calw:

Wir sind für einen Stopp des Flächenverbrauchs. Es ist dringend eine Bestandsaufnahme aller Baulücken nötig, wie es zum Beispiel hier in Bad Wildbad gemacht wurde. In Bad Wildbad wurde deshalb sogar ein ausgewiesenes geplantes Baugebiet (Bebauungsplan wurde nicht in Kraft gesetzt) nicht verwirklicht. Es muss mehr im Gemeindeverband geplant werden.

6. Wollen und werden Sie sich für eine Bundesratsinitiative zur Reform unseres Gemeindefinanzsystems einsetzen, das in seiner jetzigen Form wesentlich zum verschwenderischen Umgang mit unserer Landschaft beiträgt?

Antworten:

Paul Nemeth, Böblingen; Sabine Kurtz, Leonberg; Stefan Mappus, Pforzheim; Thomas Blenke, Calw; Winfried Scheuermann, Enz und Dr. Carmina Brenner, Freudenstadt, CDU (gekürzt!):

Die bundesrechtlichen Regelungen des Gemeindefinanzsystems sehen im Wesentlichen vor, dass die Gemeinden das Aufkommen der Grund- und Gewerbesteuer sowie einen Anteil an der Einkommen- und an der Umsatzsteuer erhalten. Die Gemeinden sind außerdem am Gemeinschaftssteueraufkommen der Länder zu beteiligen. Eine Reform dieses Systems unter dem Aspekt der Verminderung des Landschaftsverbrauchs erscheint weder sachgerecht noch Erfolg versprechend.

Dr. Rainer Prewo, SPD Calw:

Zur Reform des Gemeindefinanzsystems gibt es zurzeit viele Vorschläge. Einer, der den Flächenverbrauch über Finanzen (Finanzausgleich?) regelt, ist mir unbekannt.

Thomas Knapp, SPD Enz (gekürzt!):

Der Vorrang der Nutzung von Baulücken und Innenbrachen sowie die Raum sparende und funktional gemischte Bebauung sollen über Projektförderung gesondert gefördert werden. Dies muss sich in den vorhandenen Förderprogrammen entsprechend wiederfinden und ein Förderkriterium sein. Die Wohnbauförderung sowie Wirtschaftsförderung und Fördermaßnahmen im Rahmen der Stadtentwicklung sind auf den Innenbereich zu beschränken.

Martin Zerrinius, SPD Freudenstadt:

Das Thema ‚Reform des Gemeindefinanzsystems‘ wurde in seinem Antwortschreiben nicht behandelt!

Beate Fauser, FDP Calw:

Das Thema ‚Reform des Gemeindefinanzsystems‘ wurde in ihrem Antwortschreiben nicht behandelt!

Dr. Hans-Ulrich Rülke, FDP Enz:

Ja. Allerdings auch aus anderen Gründen.

Herbert Rödling, Grüne Böblingen:

Ja. Dies ist dringend geboten.

Dr. Bernd Murschel, Grüne Leonberg:

Ja!

Frank-Ulrich Seemann, Grüne Pforzheim und Enz:

Ja.

Dr. Charlotte Michel-Biegel, Grüne Freudenstadt:

Ich möchte mich dafür einsetzen, dass sich Baden-Württemberg im Bundesrat aktiv für eine ökologische und gerechte Reform der Grundsteuer engagiert. Eine Reform der Grundsteuer als kommunale Vermögenssteuer steht seit langem aus. Dies wäre ein geeignetes Instrument, um der Zersiedlung entgegen zu wirken.

Jürgen Schrumpf, Grüne Calw:

Falls es so etwas geben wird: ja. Die Kommunen müssen andere Wege finden Ihren Haushalt zu konsolidieren, als Wohn- und Gewerbebauflächen zu veräußern.

Naturschutz

Baden-Württemberg ist Lebensraum für fast 50.000 wild lebende Arten, von denen einige bei uns nur in den Sommermonaten zu Gast sind. Jede dritte Tier- und Pflanzenart ist vom Aussterben bedroht. Unser Land steht daher in der Pflicht, weiterhin seinen Beitrag zum Aufbau des EU-weiten Schutzgebietssystem NATURA 2000 zu leisten. Die biologische Vielfalt kann so europaweit dauerhaft geschützt und erhalten werden, der heimischen Fauna und Flora bieten sich wertvolle Rückzugsräume und uns Menschen eine lebenswerte Umwelt.

7. Setzen Sie sich im Falle Ihrer Wahl für den weiteren Ausbau des Schutzgebietssystems NATURA 2000 und die damit verbundenen Gebietsausweisungen ein?

Antworten:

Paul Nemeth, Böblingen; Sabine Kurtz, Leonberg; Stefan Mappus, Pforzheim; Thomas Blenke, Calw; Winfried Scheuermann, Enz und Dr. Carmina Brenner, Freudenstadt, CDU (gekürzt!):

Das Land Baden-Württemberg wird mit der Nachmeldung der Vogelschutzgebiete seinen Beitrag zum europäischen Naturschutzprojekt „NATURA 2000“ erfüllen. In Abhängigkeit von der Verantwortung des Landes für bestimmte Vogelarten werden die zahlen- und flächenmäßig geeignetsten Brut- und Zugvogelgebiete bis Ende 2007 mit Augenmaß zu Vogelschutzgebieten erklärt werden. Die von der Meldung Betroffenen sollen im Rahmen eines zweistufigen Nachmeldeverfahrens intensiv am Nachmeldeverfahren beteiligt werden. Die CDU-Landtagsfraktion setzt im Bereich des Natur- und Umweltschutzes auf die kontinuierliche Fortsetzung der bewährten Zusammenarbeit mit den Eigentümern und Bewirtschaftern, um möglichst einvernehmliche Lösungen zu erzielen. Wir wollen außerdem die erforderlichen Pflege- und Entwicklungspläne zügig erstellen und umsetzen.

Dr. Rainer Prewo, SPD Calw:

Mit NATURA 2000 sind große Schutzgebiete entstanden. Die Wirkungen sollten zunächst beobachtet werden.

Thomas Knapp, SPD Enz und Martin Zerrinius, SPD Freudenstadt (gekürzt!):

Nur ca. 2% der Landesfläche stehen unter Naturschutz. Während die von der Landesregierung beschlossenen Naturschutzleitlinien sowie der Umweltplan aus dem Jahr 2000 eine gute Analyse und brauchbare Zielsetzung darstellt, mangelt es erheblich an der Umsetzung. Die Bezirksstellen des Naturschutzes sind im Rahmen des Verwaltungsstrukturgesetzes zum 1.1.2005 in die Regierungspräsidien integriert worden. Dadurch kam es zu einer erheblichen Schwächung der Naturschutzverwaltung auf regionaler Ebene. Eine Stärkung der unteren Verwaltungsorgane, insbesondere der Naturschutzbeauftragten, ist daher wichtig, um die Anforderungen bei der Umsetzung von NATURA 2000 erfüllen zu können. Nach der Aufhebung der Bezirksstellen muss eine effektive Alternative bereitgestellt werden.

Beate Fauser, FDP Calw:

Das Thema NATURA 2000 wurde in ihrem Antwortschreiben nicht behandelt!

Dr. Hans-Ulrich Rülke, FDP Enz:

Nein. Das bisherige halte ich für ausreichend.

Herbert Rödling, Grüne Böblingen:

Ja – uneingeschränkt.

Dr. Bernd Murschel, Grüne Leonberg:
Ja.

Frank-Ulrich Seemann, Grüne Pforzheim und Enz:
Ja.

Dr. Charlotte Michel-Biegel, Grüne Freudenstadt:

Ja, das werde ich tun. Gerade in meinem Wahlkreis Freudenstadt ist die Natur ein hochrangiges Gut. NATURA 2000 ist immer noch nicht genügend verankert in der Bürgerschaft. Die Berechtigung für weitere Schutzgebiete muss auf allen Ebenen besser vermittelt werden.

Jürgen Schrumpf, Grüne Calw:

Ja, wir sind auch für die sofortige Umsetzung aller EU Richtlinien in diesem Bereich. ABER nicht nur die Ausweisung ist wichtig, auch deren Überprüfung, Schutz und vor allem Pflege müssen verbessert werden.

8. Sehen Sie den Naturschutz als einen positiven Standortfaktor für unser Land und welche konkreten Initiativen ergreifen Sie, um den Naturschutz in Ihrer Region als ein Instrument der Zukunftssicherung zu etablieren?

Antworten:

Paul Nemeth, Böblingen; Sabine Kurtz, Leonberg; Stefan Mappus, Pforzheim; Thomas Blenke, Calw; Winfried Scheuermann, Enz und Dr. Carmina Brenner, Freudenstadt, CDU (gekürzt!):

Die multifunktionale Land- und Forstwirtschaft leistet in unserem dicht besiedelten Land mehr als die Erzeugung qualitativ hochwertiger Lebensmittel bzw. Hölzer. Die Kulturlandschaft kann als Beitrag zur Sicherung der natürlichen Lebensgrundlagen in der jetzigen Form nur durch flächendeckende Nutzung auf Dauer erhalten werden („Schützen durch Nützen“). Der Schutz von Natur und Umwelt ist aber kein Selbstzweck, sondern stellt auch einen „weichen Standortfaktor“ dar. Ein hervorragendes Beispiel ist in diesem Zusammenhang der Bodenseeraum. Diese Region hat nach dem Zweiten Weltkrieg einen immensen Aufschwung als Industriestandort erlebt, gerade weil in diesem Bereich schöne Landschaften für eine attraktive Freizeitgestaltung geboten werden.

Eine erfolgreiche Umsetzung von Naturschutzziele muss nach Auffassung der CDU-Landtagsfraktion den Ansatz verfolgen, diese in das tägliche Wirtschaften der Land- und Forstwirte zu integrieren. Das Land hat zu diesem Zweck zwei Förderprogramme aufgelegt. Die Ausgleichszulage Landwirtschaft soll die Nachteile einer kleinteiligen Landwirtschaft insbesondere in den Mittelgebirgslagen ausgleichen. Im Rahmen des Agrarumweltprogramms MEKA wird der höhere Aufwand aus einer umweltgerechten Landwirtschaft abgegolten.

Einen ganz anderen Weg beschreibt das Regionalentwicklungsprogramm PLENUM („Projekt des Landes zur Erhaltung und Entwicklung von Natur und Umwelt“), das in enger Zusammenarbeit mit der Bevölkerung umgesetzt wird. PLENUM unterstützt Projekte, die sich durch eine naturnahe Nutzung und Bewirtschaftung besonders positiv und nachhaltig auf unsere Natur und Umwelt auswirken. Die geförderten Projekte erstrecken sich auf die Bereiche Naturschutz, sanfter Tourismus, Land- und Forstwirtschaft sowie Umweltbildung. Das Gebiet des unmittelbar angrenzenden Heckengäus ist seit November 2002 mit seiner Konzeption einer naturschutzorientierten Regionalentwicklung in das landesweite Förderprogramm PLENUM aufgenommen. Die bisherigen Erfahrungen sind sehr überzeugend.

Dr. Rainer Prewo, SPD Calw:

Ja. Naturparke (z.B. Schwarzwald). Förderung weicher Tourismus, Förderung heimischer Produkte (z.B. Streuobstprodukte). Werde, wie bisher, solche Initiativen unterstützen. Ich bin, wo immer möglich, für ‚Schutz durch Nutzung‘.

Thomas Knapp, SPD Enz und Martin Zerrinius, SPD Freudenstadt (gekürzt!):

Wirksamer Naturschutz steht nicht im Widerspruch zur Wirtschaft im Land, sondern begünstigt als weicher Standortfaktor die wirtschaftliche Entwicklung, insbesondere den Tourismusbereich. Es ist deshalb Ziel der SPD, flächendeckend mit differenzierter Landnutzung die landschaftliche Schönheit und Vielfalt für die Menschen im Land zu erhalten und weiterzuentwickeln. Die Personalausstattung der Naturschutzbehörden muss möglichst schnell verbessert werden. Die bestehenden Naturparks müssen personell und finanziell so ausgestattet werden, dass die Leitlinien für den Naturschutz dort auch tatsächlich umgesetzt werden können. Die SPD hält die

Ausweisung weiterer schutzwürdiger Flächen im Land als Naturschutzgebiete (NSG) und flächenhafte Naturdenkmäler für notwendig. Immer noch sind viele Gebiete, deren Zuschnitt dies erforderte, nicht innerhalb dieser Schutzkategorien und damit ungenügend geschützt.

Zur Erreichung der mittel- und langfristigen naturschutzpolitischen Ziele, wie z.B. die Rückführung des Flächenverbrauchs und die Verringerung der Zerschneidung der Landschaft, müssen weitere Landschaftsschutzgebiete geschaffen werden. Die SPD verlangt überdies die Festlegung nachprüfbarer Zielmarken, in welchem Umfang und Zeitraum der Flächenverbrauch reduziert werden soll.

Beate Fauser, FDP Calw:

Das Thema Naturschutz wurde in ihrem Antwortschreiben nicht behandelt!

Dr. Hans-Ulrich Rülke, FDP Enz:

Ja, weitere Unternehmenszertifizierungen.

Herbert Rödling, Grüne Böblingen:

Naturschutz hat neben der ökologischen Funktion auch eine raumordnerische Aufgabe und trägt ganz wesentlich zur Wertigkeit eines Standorts bei. Naturschutz und sanfter Tourismus sind sogar Jobmaschinen. Ich unterstütze massiv die Plenum-Projekte.

Dr. Bernd Murschel, Grüne Leonberg:

Ja! Unterstützung der PLENUM-Projekte.

Frank-Ulrich Seemann, Grüne Pforzheim und Enz:

Ja, weitere Ausweisung von Schutzgebieten und deren Vernetzung. Landwirte als Naturschützer fördern.

Dr. Charlotte Michel-Biegel, Grüne Freudenstadt:

Eine intakte Natur und der Erhalt von Kulturlandschaften ist unbedingt ein positiver Standortfaktor. Unsere Region lebt auch vom Tourismus. Wir möchten den integrativen Naturschutz fördern durch Landwirtschaft (Beispiel Streuobstwiesen) und Forstwirtschaft. Aber wir brauchen auch den sekretativen Naturschutz, d.h. 24a-Biotop, Bannwälder usw.. Wir Grüne setzen uns zusammen mit dem Landkreis dafür ein, dass der Naturpark Nordschwarzwald so hoch qualifizierte Zonen erhält, dass er die Qualität eines Biosphärenparks bekommt. Dieses Zertifikat würde ihm zustehen.

Jürgen Schrupf, Grüne Calw:

Der Nordschwarzwald ist als Tourismus-, Erholungs- und Kurgelbiet bekannt und soll laut mancher Meinung sogar ausgebaut werden. Hierbei spielt eine intakte Natur eine wesentliche Rolle. Naturschutz ist somit wirklich als Standortfaktor zu betrachten.

Gentechnik

Nach dem In-Kraft-Treten des ersten Teils des neuen Gentechnikgesetzes Anfang 2005 wurde in Deutschland zum ersten Mal gentechnisch veränderter Mais außerhalb von Forschungsprojekten angebaut. Die Mehrheit der Bauern und über 70 Prozent der Verbraucher lehnen Gentechnik in der Landwirtschaft ab. In den nächsten Jahren wird über die Zukunft der europäischen und damit auch der „heimischen“ Landwirtschaft abgestimmt: werden zukünftig natürlich oder gentechnisch veränderte Lebensmittel produziert?

9. Wie stehen Sie zur Frage des Anbaus von gentechnisch veränderten Pflanzen (Pflanzen- und Futtermittelbau) und zur Haftungsregelung?

Antworten:

Paul Nemeth, Böblingen; Sabine Kurtz, Leonberg; Stefan Mappus, Pforzheim; Thomas Blenke, Calw; Winfried Scheuermann, Enz und Dr. Carmina Brenner, Freudenstadt, CDU (gekürzt!):

Die CDU-Landtagsfraktion unterstützt die Grüne Gentechnik im Rahmen einer umweltverträglichen und wirtschaftlichen Pflanzenproduktion. Sie setzt sich für die Gewährleistung der von der EU vorgeschriebenen

Koexistenz konventioneller, ökologischer und gentechnisch veränderter Anbauformen mit vertretbarem Aufwand für die Landwirte, die betroffene Industrie, den Handel und die Verarbeitung sowie für die staatlichen Überwachungsbehörden ein. Sie unterstützt die neue Bundesregierung bei der Umsetzung einer verschuldensabhängigen Haftungsregelung in Verbindung mit einer Fondslösung, nach der Landwirte bei fahrlässigen oder vorsätzlichen Verstößen gegen die gute fachliche Praxis für wirtschaftliche Schäden an Kulturen benachbarter Landwirte haften sollen. Sie wird den Dialog mit Befürwortern und Gegnern der Grünen Gentechnik fortsetzen sowie die neutrale und unabhängige Information der Verbraucher über alle Medien intensivieren. Es gibt derzeit in Deutschland bedauerlicherweise weder konkrete Regelungen für den Anbau von GVO noch eine ausgewogene Haftungsregelung, die unabhängig von der Anbaurichtung alle Landwirte schützt, die ohne Verschulden Haftungsansprüchen ausgesetzt sind. Das Land beteiligt sich deshalb am Forschungsprogramm des Bundes zur Sicherung der Koexistenz, um im Rahmen einer unabhängigen Forschung klare Regeln für den Anbau gentechnisch veränderter Pflanzen zu entwickeln. Diese Forschung dient insbesondere dem Schutz der Öko-Betriebe und der konventionellen Landwirtschaft ohne Gentechnik. Unter Berücksichtigung der beschriebenen Umstände ist es noch nicht möglich, einem Landwirt den Anbau gentechnisch veränderter Pflanzen zu empfehlen.

Dr. Rainer Prewo, SPD Calw:

Ich halte den Anbau solcher Pflanzen für falsch. Für die Haftung soll – wie auch auf anderen Gebieten – das Verursacherprinzip gelten.

Thomas Knapp, SPD Enz (gekürzt!):

Wir wollen ein Baden-Württemberg ohne Grüne Gentechnik. Dies lässt sich erreichen, wenn wir auf Bundesebene konsequent bei dem Verursacherprinzip hinsichtlich der Haftung für Schäden bleiben und das Land gleichzeitig alle regionalen Zusammenschlüsse von Bauern, Erzeugergemeinschaften und Kommunen für eine gentechnikfreie Landwirtschaft mit Rat und Tat unterstützt. Die vorhandenen Qualitätssiegel wie z.B. das HQZ müssen jede Anwendung von GVO konsequent ausschließen, sei es als Futtermittel, bei der Fleischerzeugung oder auch als Inhaltsstoff oder Hilfsstoff. Nur so sind die Interessen der konventionellen Landwirtschaft ohne GVO, der biologischen Erzeuger und die der Verbraucher zu wahren.

Martin Zerrinius, SPD Freudenstadt:

Ich bin gegen den Anbau gentechnisch veränderter Pflanzen. Nachdem meine Möglichkeiten begrenzt sind, spreche ich mich für eine strenge Kennzeichnungspflicht aus. Nur sie bringt Transparenz für die Verbraucherinnen und Verbraucher. Auch wenn keine gentechnisch veränderten Organismen im Produkt selbst mehr nachgewiesen werden können, müssen Lebensmittel und Futtermittel EU-weit gekennzeichnet werden, die aus gentechnisch veränderten Organismen hergestellt wurden. Ich begrüße die Haftungsregelung nach dem Verursacherprinzip.

Beate Fauser, FDP Calw:

Die Frage, ob wir Gentechnik in der Landwirtschaft einsetzen sollen, ist entschieden. Das EU-Parlament hat mit Zustimmung der damaligen Rot-Grünen Regierung festgelegt: Alle landwirtschaftlichen Systeme, mit und ohne gentechnisch veränderten Pflanzen, sollen auf Dauer nebeneinander existieren können. Dies ist möglich; Freisetzungen werden nur genehmigt, wenn keine Umweltrisiken bestehen. Unsere europäischen Nachbarn haben dem längst Rechnung getragen und die Koexistenz zwischen gentechnischer und nicht gentechnischer Pflanzenproduktion gesetzlich sichergestellt. Es muss alles dafür getan werden, dass absolute Transparenz herrscht.

Dr. Hans-Ulrich Rülke, FDP Enz:

Ich würde solchen Mais jederzeit essen.

Herbert Rödling, Grüne Böblingen:

„Grüne“ Gentechnik lehne ich strikt ab. Sie ist unverantwortlich im Sinne der Veränderung des Saatguts und der Vielfalt. Und sie zerstört letztendlich die wirtschaftliche Basis der weitaus größten Zahl landwirtschaftlicher Betriebe indem sie zu einer Monopolisierung des Saatgutbezugs führt. Ein Nebeneinander von gentechnischer und biologischer und sogar konventioneller Landwirtschaft ist nicht möglich durch die Ausbringung gentechnisch veränderter Pollen.

Dr. Bernd Murschel, Grüne Leonberg:

Lehne ich ab: Gentechnik führt zum Artenrückgang, gefährdet Arbeitsplätze in der Landwirtschaft und das Risiko ist nicht abschätzbar.

Frank-Ulrich Seemann, Grüne Pforzheim und Enz:

Lehne den Anbau solcher Pflanzen strikt ab! Die Haftungsregelung miss im Sinne des Verursacherprinzips beibehalten werden.

Dr. Charlotte Michel-Biegel, Grüne Freudenstadt:

Wir Grüne wollen eine Landwirtschaft ohne Gentechnik. Die Haftungsregelung ist ein wirksames Instrument, um der schleichenden Verunreinigung von Nahrungsmitteln und Saatgut Einhalt zu gebieten. Die Koexistenz von herkömmlichen Kulturen und gentechnisch veränderter Kulturen ist in unserer kleinflächigen Landwirtschaft nicht möglich.

Jürgen Schrumpf, Grüne Calw:

Wir fordern keine Aufweichung der Haftungsregelung wie von Seehofer gefordert. Die Entscheidungsfreiheit für Verbraucher und Landwirte muss aufrechterhalten werden.

10. Welche konkreten Maßnahmen wollen Sie in Ihrem Wahlbezirk ergreifen, um den Landwirten und Verbrauchern, die die Gentechnik ablehnen, auch in Zukunft garantiert gentechnikfrei produzierte Lebens- und Futtermittel anbieten zu können?

Antworten:

Paul Nemeth, Böblingen; Sabine Kurtz, Leonberg; Stefan Mappus, Pforzheim; Thomas Blenke, Calw; Winfried Scheuermann, Enz und Dr. Carmina Brenner, Freudenstadt, CDU:

Seit April 2004 gelten europaweit neue, verschärfte Vorschriften für die Zulassung, Kennzeichnung und Rückverfolgbarkeit gentechnisch veränderter Lebens- und Futtermittel. Grundsätzlich sind Lebens- und Futtermittel mit GVO entsprechend zu kennzeichnen. Die Kennzeichnung entfällt nur dann, wenn der GVO-Anteil nicht höher als 0,9 % und zufällig oder technisch unvermeidbar ist.

Die CDU-Landtagsfraktion setzt sich für möglichst niedrige, aber praktikable Schwellenwerte bei der Kennzeichnung gentechnisch veränderter Produkte ein. Ein nationaler Alleingang bei der Festlegung von Schwellenwerten ist jedoch von vornherein ausgeschlossen, weil Saatgut, Lebens- und Futtermittel global gehandelt werden.

Landwirte und Verbraucher sind aufgefordert, bei ihren Verkaufsangeboten bzw. Kaufentscheidungen die Möglichkeiten der Produktkennzeichnung auszunutzen. Landwirte, die ihre Lebensmittel mit dem Bio-Zeichen Baden-Württemberg kennzeichnen, haben sich verpflichtet,

- die Artenvielfalt zu erhalten,
- eine regionale Kreislaufwirtschaft anzustreben,
- Transparenz bei der Erzeugung und Herstellung von Lebensmitteln zu bieten,
- Sicherheit durch Richtlinien und Kontrollen anzustreben und
- Gentechnik in der Erzeugung von Lebensmitteln abzulehnen.

Dr. Rainer Prewo, SPD Calw:

Ich gehe davon aus, dass niemand dazu gezwungen wird. Transparenz und klare Deklaration der Produkte ist notwendig.

Thomas Knapp, SPD Enz:

Das Thema Gentechnik und Verbraucherschutz wurde in seinem Antwortschreiben nicht behandelt!

Martin Zerrinius, SPD Freudenstadt:

Die vorhandenen Qualitätssiegel, wie z. B. das HQZ, müssen jede Anwendung von GVO konsequent ausschließen, sei es als Futtermittel bei der Fleischerzeugung oder auch als Inhalts- oder Hilfsstoff. Nur so sind die Interessen der konventionellen Landwirtschaft ohne gentechnisch veränderte Organismen, der biologischen Erzeugung und der Verbraucherschutz zu wahren. Gezielte Werbung für die örtlichen Erzeuger tun das Übrige.

Beate Fauser, FDP Calw:

Wer Gentechnikfreiheit will, muss sich sicher sein können, dass er diese auch erhalten kann.

Dr. Hans-Ulrich Rülke, FDP Enz:

Keine.

Herbert Rödling, Grüne Böblingen:

Die Erklärung des Landkreises Böblingen zur „Gentechnikfreien Zone“ durch den Kreistag.

Dr. Bernd Murschel, Grüne Leonberg:

Ein runder Tisch könnte helfen, an dem sowohl die Vertreter der Landwirtschaft, der Verbraucherverbände und der Industrie Patz nehmen.

Frank-Ulrich Seemann, Grüne Pforzheim und Enz:

Ausweisung von großflächigen, gentechnikfreien Zonen.

Dr. Charlotte Michel-Biegel, Grüne Freudenstadt:

Haftungsregelung und Kennzeichnungspflicht dürfen nicht in Frage gestellt werden. Dafür will ich mich einsetzen. Ich unterstütze alle Initiativen der Verbraucheraufklärung und der Einrichtung von Gentechnikfreien Zonen.

Jürgen Schruppf, Grüne Calw:

Nach der Podiumsdiskussion beim Kreisbauernverband stellten wir folgende Forderung auf:

„Leider konnten wir Grünen unser Fazit am Schluss der Veranstaltung nicht loswerden. Anbei sende ich es Ihnen in schriftlicher Form:

Der Lebensmittelmarkt teilt sich immer mehr in zwei Teile auf: Die Billigschiene und das Hochpreissegment. Da wir mit den Billiganbietern auf dem Weltmarkt nicht konkurrieren können, müssen wir uns für hochwertige, umwelt- und artgerechte Lebensmittel entscheiden. Die von CDU und SPD geplante Novellierung des Haftungsrechts muss verhindert werden. Wenn es Ministerpräsident Oettinger und Landwirtschaftsminister Hauk mit dem ökologischen Landbau ernst meinen, dann müssen sie über den Bundesrat eine Änderung des Haftungsrechts verhindern. Welche Risiken mit der Nutzung der Agrogentechnik verbunden sind, macht die Haltung der Industrie deutlich. Weder die Versicherungswirtschaft noch die an der Agrogentechnik verdienende Industrie ist bereit, die Risiken zu versichern bzw. die Haftung dafür zu übernehmen. Wir Grüne erwarten auch von Ute Vogt, dass sie sich in Berlin dafür einsetzen wird, dass das Haftungsrecht nicht geändert wird.

Fazit:

Es ist Zeit für ein neues Leitbild, eine neue Vision für die baden-württembergische Landwirtschaft. Für CDU und FDP ist diese „Vision“ die Gentechnik, für Bündnis90/DIE GRÜNEN die Ökologisierung unserer heimischen Landwirtschaft.

Wenn auch Herr Blenke CDU und Frau Fauser FDP wie auch die SPD gegen die Gentechnik gesprochen haben, so nur weil ein Großteil der Bevölkerung sie nicht will. Es müssen Taten folgen. Herr Blenke muss auf Herrn Seehofer einwirken und die SPD darf das Rot/Grüne Gesetz nicht verraten und müssen als Koalitionspartner auf die CDU einwirken.

Ich rufe Sie hiermit auf, sich im Bauernverband für GENTECHNIKFREIE ZONEN einzusetzen. Über den Landes- und Bundesbauernverband bitte ich Sie, diese Zonen von Calw über Baden Württemberg bis ganz Deutschland zu fordern. Es ist in Ihrem und unserem Sinne aber in erster Linie im Sinne der Bevölkerung. Sie stehen mit dieser Forderung nicht alleine da. Es gibt schon sehr viele Landwirte die sich für gentechnikfreie Zonen entschieden haben. Umweltverbände und Verbraucherschützer bis hin zu Greenpeace warten auf Ihre Unterstützung. Ebenfalls fordern wir Sie auf, über ihre Verbände auf die Futtermittelhersteller einzuwirken, um gentechnisch veränderte Futtermittel zu vermeiden. Falls nicht möglich, bitten wir zu prüfen, wie entsprechende Futtermittel innerhalb Deutschland selbst angebaut werden können. Sie haben die Macht dazu.“

11. Glauben Sie, dass die heimische Landwirtschaft durch den Einsatz von Gentechnik finanziell besser dastehen wird und das ‚Höfesterben‘ abgeschwächt wird?

Antworten:

Paul Nemeth, Böblingen; Sabine Kurtz, Leonberg; Stefan Mappus, Pforzheim; Thomas Blenke, Calw; Winfried Scheuermann, Enz und Dr. Carmina Brenner, Freudenstadt, CDU (gekürzt!):

Das Nachfrageverhalten des Verbrauchers wird über die weitere Zukunft des Anbaus gentechnisch veränderter Pflanzen entscheiden. Die Art und der Umfang der Auswirkungen des Anbaus gentechnisch veränderter Pflanzen auf die zukünftige finanzielle und strukturelle Situation der landwirtschaftlichen Betriebe können heute noch nicht abgeschätzt werden.

Dr. Rainer Prewo, SPD Calw:

Das glaube ich nun wirklich nicht.

Thomas Knapp, SPD Enz (gekürzt!):

Das Thema Finanzielle Auswirkung von Gentechnik auf die einzelnen Höfe wurde in seinem Antwortschreiben nicht behandelt!

Martin Zerrinius, SPD Freudenstadt:

Durch den Einsatz von Gentechnik wird die heimische Landwirtschaft nicht finanziell besser dastehen, da die überwiegende Anzahl der Verbraucher die Gentechnik ablehnt. Auch ist die Genetik der Pflanzen so hochkomplex, dass sich unerwünschte Wirkungen wie z.B. allergische Reaktionen des Menschen nur schwer ausschließen lassen. Nach bisherigen Erkenntnissen hat dort, wo die Gentechnik gezielt verändert wurde, keineswegs zu einer Verringerung des Einsatzes von Pflanzenschutzmittel geführt. Die Chance unserer Höfe besteht in der Direktvermarktung von genfreier Ware. Das Höfesterben hat andere Ursachen und wird nicht durch den Einsatz der Gentechnik verhindert.

Beate Fauser, FDP Calw:

Das Thema Finanzielle Auswirkung von Gentechnik auf die einzelnen Höfe wurde in ihrem Antwortschreiben nicht behandelt!

Dr. Hans-Ulrich Rülke, FDP Enz:

Ja.

Herbert Rödling, Grüne Böblingen:

Nein – das Gegenteil wird eintreten: die Saatgutmultis werden die kleinflächigen landwirtschaftlichen Betriebe am langen Arm verhungern lassen.

Dr. Bernd Murschel, Grüne Leonberg:

Nein!

Frank-Ulrich Seemann, Grüne Pforzheim und Enz:

Nein.

Dr. Charlotte Michel-Biegel, Grüne Freudenstadt:

Nein, im Gegenteil. Gentechnik macht die Landwirte noch abhängiger von den Saatgutkonzernen. Durch die Einführung von Gentechnik würden wir einen entscheidenden Schritt hin zur industrialisierten Landwirtschaft gehen und das ‚Höfesterben‘ fördern.

Jürgen Schrumpf, Grüne Calw:

Nein, hier wird im wahrsten Sinne des Wortes „Bauernfängerei“ betrieben!

Unsere kleingliedrige Landwirtschaft würde sich den großen GEN-Konzernen verkaufen ohne Umkehrmöglichkeit. Siehe auch Forderung in Frage 10. an den Bauernverband und die anderen Parteien.

Mehr Demokratie

Wir können alles - außer mitentscheiden! Dabei wird über Natur und Umwelt auch vor Ort entschieden. In Bayern können die Bürger bei Fragen z. B. im Bereich der Bauleitplanung, bei Ortsumgehungen oder der Müllbeseitigung in ihren Gemeinden und Städten seit längerem erfolgreich mitentscheiden. Ein basisdemokratisches Bürgerentscheidsrecht in Baden-Württemberg ermöglicht auch uns als mündige Bürger bei Entscheidungen auf lokaler und regionaler Ebene direkten Einfluss zu nehmen und uns für den Schutz von Natur, Heimat und Umwelt aktiv einzusetzen.

12. Wollen und werden Sie sich für die Einführung eines basisdemokratischen Bürgerentscheidungsrechts (nach bayerischem Vorbild) engagieren, das Bürgerentscheide auch auf Kreisebene erlaubt und eine deutliche Senkung der 25%-Hürde beinhaltet?

Antworten:

Paul Nemeth, Böblingen; Sabine Kurtz, Leonberg; Stefan Mappus, Pforzheim; Thomas Blenke, Calw; Winfried Scheuermann, Enz und Dr. Carmina Brenner, Freudenstadt, CDU (gekürzt!):

Unsere Verfassungsväter haben sich aus gutem Grund für das Prinzip der repräsentativen Demokratie entschieden. In einer Welt komplexer Entscheidungen bedarf es sowohl auf kommunaler als auch auf Landes- und Bundesebene der Sachkunde gewählter Volksvertreter. Das repräsentative System wird auf der kommunalen Ebene durch die Möglichkeit der Bürgerbeteiligung ergänzt. So haben die Bürgerinnen und Bürger die Möglichkeit, bei wichtigen, für die Gemeinde bedeutsamen Fragen, die Entscheidung unmittelbar zu beeinflussen. Zur Stärkung der bürgerschaftlichen Mitwirkung haben wir die Hürden für Bürgerentscheide und Bürgerbegehren in der Gemeindeordnung tiefer gesetzt. Mit der Streichung des sog. Positivkatalogs und der Absenkung des bisherigen Quorums von 30 auf 25 % der Stimmberechtigten haben wir die Möglichkeiten der direkten Bürgerbeteiligung in Baden-Württemberg deutlich verbessert.

Dr. Rainer Prewo, SPD Calw:

Auf kommunaler Ebene ist die bürgerschaftliche Beteiligung heute in der Praxis schon recht gut. Gegen eine maßvolle Ausweitung formaler plebiszitärer Verfahren habe ich nichts.

Thomas Knapp, SPD Enz und Martin Zerrinius, SPD Freudenstadt (gekürzt!):

Die SPD will mehr direkte Demokratie auf Landes-, Kreis- und Gemeindeebene. Dazu werden die Quoren für die Einleitung von Volks- und Bürgerbegehren und für das Zustandekommen von Volks- und Bürgerentscheiden deutlich absenken. Bürgerbegehren und -entscheide sollen auch auf Landkreisebene möglich werden. Verfassungsänderungen im Rahmen der Förderalismusreform auf Bundesebene wollen wir dazu nutzen, auch dort direkt demokratische Elemente zu verankern. Außerdem wollen wir die Direktwahl von Landräten einführen.

Beate Fauser, FDP Calw:

Das Thema ‚Mehr Demokratie‘ wurde in ihrem Antwortschreiben nicht behandelt!

Dr. Hans-Ulrich Rülke, FDP Enz:

Ja.

Herbert Rödling, Grüne Böblingen:

Ja – uneingeschränkt. Ich habe längst unterschrieben und das Anliegen ist unmittelbar Bestandteil unseres Wahlprogramms.

Dr. Bernd Murschel, Grüne Leonberg:

Ja!

Frank-Ulrich Seemann, Grüne Pforzheim und Enz:

Ja.

Dr. Charlotte Michel-Biegel, Grüne Freudenstadt:

Ja, das will ich. Es ist wichtig, die Mitwirkungsrechte aller Menschen in den Kommunen zu erweitern. Die Grünen unterstützen die Initiative ‚Mehr Demokratie‘. Die Kommunalen Bürgerbegehren müssen erleichtert werden, unter anderem durch eine Senkung des Zustimmungsquorums auf 10-20%.

Jürgen Schrumpf, Grüne Calw:

Ja, wir sammeln aktive bei unseren Veranstaltungen und Mitgliedern für den Verein Mehr Demokratie e.V. dem auch Sie angehören, Unterschriften.

13. Welche konkreten Maßnahmen werden Sie ergreifen, damit das Recht des Bürgerentscheids zukünftig auch im Bereich der Bauleitplanung ermöglicht wird?

Antworten:

Paul Nemeth, Böblingen; Sabine Kurtz, Leonberg; Stefan Mappus, Pforzheim; Thomas Blenke, Calw; Winfried Scheuermann, Enz und Dr. Carmina Brenner, Freudenstadt, CDU (gekürzt!):

Der Umfang der Bürgerbeteiligung wird nur noch durch den Negativkatalog beschränkt. Er umfasst eine Reihe wichtiger Aufgaben, die der alleinigen Verantwortung des Gemeinderats nicht entzogen werden dürfen. Darunter fällt unter anderem die Bauleitplanung und die Festsetzung örtlicher Bauvorschriften. Dabei handelt es sich um umfassende komplexe Prozesse, bei denen in jedem Einzelfall eine schwierige Abwägung sich widerstreitender Interessen vorgenommen werden muss. Dies kann nicht auf das Ja-Nein-Schema eines Bürgerentscheids reduziert werden. Dabei darf nicht übersehen werden, dass es im Vorfeld solcher kommunalen Entscheidungen eine Reihe anderer informations- und anhörungsbezogener Beteiligungsformen gibt. Das heißt, die Bürgerschaft kann sich auch hierzu äußern und ihre Ansichten darlegen, so dass sie in die Entscheidung des Gemeinderates mit einbezogen werden können.

Eine weitere Absenkung des Quorums unterstützen wir nicht. Die jetzige Höhe des Quorums ist schon deshalb erforderlich, um eine ausreichende demokratische Legitimation für Entscheidungen im Wege der Bürgerbeteiligung zu erhalten. Ansonsten bestünde die Gefahr, dass Minderheitsmeinungen über Gebühr Berücksichtigung fänden.

Mit der geltenden Regelung der Bürgerbeteiligung ist dem Interesse an bürgerschaftlicher Mitwirkung über die allgemeinen Wahlen hinaus in angemessener Weise Rechnung getragen. Auch sind die verfassungsrechtlichen Vorgaben im Sinne der repräsentativen Demokratie gewahrt und die Gefahr eines Missbrauchs durch Minderheiten auf ein Minimum reduziert.

Dr. Rainer Prewo, SPD Calw:

Diesen Punkt sehe ich vorsichtig und skeptisch. Bürgerentscheide bei Bauleitplanungen würden wohl oft vor allem spezielle Interessengruppen mobilisieren und auch oft Wichtiges für die Allgemeinheit verändern (psychiatrische Einrichtungen, Tierheime, Windkraftanlagen, Innenentwicklung der Städte, Schienentrassen u.v.a.). Sie wären auch kaum rechtlich überprüfbar. Bei Bauleitplanung sollten aber die sachlichen Gründe, Abwägungen, Trägerbeteiligungen und -Anregungen rechtlich nachvollziehbar sein.

Thomas Knapp, SPD Enz und Martin Zerrinius, SPD Freudenstadt:

Die SPD-Fraktion hat einen Gesetzentwurf zur Änderung der Gemeindeordnung in Anlehnung an ein in Bayern bereits erfolgreich praktiziertes Konzept eingebracht, der aber von der CDU/FDP Koalition abgelehnt wurde. Die SPD-Fraktion in Baden-Württemberg strebt eine stärkere politische Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger an. Nach diesem Konzept soll das Unterschriftenquorum für Bürgerbegehren von derzeit 10 auf einheitlich 7 Prozent mit einer Höchstgrenze von 15.000 (derzeit 20.000) Unterschriften gesenkt werden. Gleichzeitig soll das Zustimmungsquorum von jetzt 25 auf 10 bis 20 Prozent der Stimmberechtigten abgesenkt werden. Der Gesetzentwurf sieht darüber hinaus vor, Bürgerbegehren und Bürgerentscheide auch auf Landkreisebene einzuführen. Dieser Schritt ist angesichts der gewachsenen Aufgaben der Landkreise überfällig.

Die SPD-Landtagsfraktion befürwortet eine Erweiterung des Rechts auf Bürgerentscheide im Bereich der Bauleitplanung und hat aus diesem Grund am 20. April 2005 einen entsprechenden Gesetzentwurf eingebracht (Landtagsdrucksache 13/4263).

Beate Fauser, FDP Calw:

Das Thema Bürgerentscheide in der Bauleitplanung wurde in ihrem Antwortschreiben nicht behandelt!

Dr. Hans-Ulrich Rülke, FDP Enz:

Bürgerentscheide im Bereich der Bauleitplanung hielte ich für groben Unfug.

Herbert Rödling, Grüne Böblingen:

Ich werde einen entsprechenden Antrag im Landtag einbringen oder unterstützen.

Dr. Bernd Murschel, Grüne Leonberg:

Bürgerentscheide auch für Bauleitpläne/Flächennutzungspläne und Bebauungspläne zulassen!

Frank-Ulrich Seemann, Grüne Pforzheim und Enz:
Entsprechende Gesetzesvorschläge erarbeiten und im Landtag vorlegen.

Dr. Charlotte Michel-Biegel, Grüne Freudenstadt:
Bauleitpläne sind ein zentrales Feld kommunaler Selbstverwaltung. Deshalb werde ich mich im Falle meiner Wahl für die ersatzlose Streichung der 2005 eingeführten Ziffer 6 aus der Gemeindeordnung für Baden-Württemberg einsetzen. In der Ziffer 6 wurden unter anderem Bürgerentscheide über Bauleitpläne ausgeschlossen.

Jürgen Schrumpf, Grüne Calw:
Siehe 12. Natürlich werde ich mich als möglicher Landtagsabgeordneter sowie Kreistagsmitglied als auch in meinem Kreisverband hierfür einsetzen.

Stand: 23.03.2006, M. Pagel